

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenburg RM. 1.50.
Durch die Post im Orts- und Ober-
amtsbezirk, sowie im fernliegendem
Postbezirk RM. 1.60 mit
Postzuschlag. Dreizehnteljährlich
RM. 18.00. Preis einer Nummer 10 Pf.
In Jähren höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung aber auf Rückerstattung
des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
ämter, sowie Agenturen und
Buchhandlungen jederzeit entgegen.
Herausgeber: H. 4.
Postamt Nr. 24 bei der Oberamts-
Postkasse Neuenburg.

Der Enztöler

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile für
einen Tag 25 Pf., für zwei
Tage 45 Pf., für drei Tage
60 Pf., für vier Tage 75 Pf.,
für fünf Tage 90 Pf., für
sechs Tage 105 Pf., für
sieben Tage 120 Pf., für
acht Tage 135 Pf., für
neun Tage 150 Pf., für
zehn Tage 165 Pf., für
elf Tage 180 Pf., für
zwölf Tage 195 Pf., für
dreizehn Tage 210 Pf., für
vierzehn Tage 225 Pf., für
fünfzehn Tage 240 Pf., für
sechzehn Tage 255 Pf., für
siebzehn Tage 270 Pf., für
achtzehn Tage 285 Pf., für
neunzehn Tage 300 Pf., für
zwanzig Tage 315 Pf., für
ein Monat 330 Pf., für
zwei Monate 600 Pf., für
drei Monate 850 Pf., für
vier Monate 1100 Pf., für
fünf Monate 1350 Pf., für
sechs Monate 1600 Pf., für
sieben Monate 1850 Pf., für
acht Monate 2100 Pf., für
neun Monate 2350 Pf., für
zehn Monate 2600 Pf., für
elf Monate 2850 Pf., für
zwölf Monate 3100 Pf.

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Neuenburger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biefinger in Neuenburg.

Nr. 221 **Mittwoch den 21. September 1932** 90. Jahrgang

Die Finanzminister der Länder tagen

Einführung eines Sparauschusses

W. Berlin, 20. Sept. Im Reichsfinanzministerium fand heute unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers eine Besprechung mit den Finanzministern der Länder statt. Die eingehende Aussprache ergab, daß bei den noch immer sinkenden Einnahmen und steigenden Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden die finanzielle Lage für viele Länder und Gemeinden in den nächsten Monaten selbst bei Annahme einer leichten Besserung der Wirtschaft noch äußerst schwierig werden wird und daher an weiteren Vereinfachungs- und Sparmaßnahmen, wo solche noch bestehen, nicht vorüber gegangen werden kann. Zur Prüfung dieser Frage wird bereits in den nächsten Tagen ein kleiner Ausschuss im Reichsfinanzministerium zusammengetreten, dem ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums und 7 Vertreter der Länder angehören.

Der Ausschuss bereits konstituiert

Berlin, 20. Sept. (Fig. Meldung.) Wie das Conto-Nachrichtenbüro erfährt, besteht der heute von der Konferenz der Finanzminister eingefasste Ausschuss, unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministeriums aus den vier größten Ländern Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg und den mittleren Ländern Hamburg, Thüringen und Westfalen-Schwerin. In der Ministerkonferenz hat der Reichsfinanzminister zunächst einen Überblick über die Lage gegeben, damit eine Reihe von Argumenten verknüpft und schließlich die Wünsche der Länder entgegengenommen. Daraus zeigte sich aber, daß das Gremium dieser Konferenz viel zu groß ist, um in den Einzelfragen, bei denen Vereinfachungs- und Sparmaßnahmen einleiten können, praktische Arbeit zu leisten. Deshalb hat der Reichsfinanzminister den Vorschlag gemacht, einen kleinen Ausschuss zu bilden, der seine Beratungen zweckmäßig und in Ruhe durchführen kann.

Der Ausschuss ist im Laufe des Nachmittags bereits zu einer ersten Sitzung zusammengekommen, um zunächst den Aufgabenkreis festzulegen, in dem sich die Untersuchungen und die Vorschläge bewegen sollen, zu denen man zu gelangen hofft. Das Arbeitsgebiet des Ausschusses erstreckt sich auf die verschiedenen Verwaltungszweige, so auf die Justizverwaltung, die Schulverwaltung usw. Der Ausschuss wird sich auch mit

der Frage der Beamtenbesoldung beschäftigen. Hierfür besteht gerade bei den Ländern ein starkes Interesse, da die Besoldungsverhältnisse bei ihnen recht ungleich sind und deshalb häufig Grund zu Mißstimmungen für den Kreis ihrer Beamten gegeben haben. Ein besonders wichtiges Gebiet ist die Arbeitslosen- und die Wohlfahrtsunterstützung. Bei den bisherigen Beratungen hat sich bereits eine gewisse Linie hierfür abgezeichnet, die darauf hinausläuft, daß die Ueberbrücke oder Erbsparnisse bei der Arbeitslosenunterstützung der sehr besonders beanspruchten Wohlfahrtsfürsorge zugute kommen sollen.

Aus der Mannigfaltigkeit dieser Aufgaben entwickelt sich die Arbeitsweise des Ausschusses von selbst. In seiner heutigen ersten Sitzung ist man sich deshalb darüber klar geworden, daß nicht immer nur dieselben Vertreter an den Arbeiten teilnehmen sollen. Man beabsichtigt vielmehr, wechselnd Sachbearbeiter aus den in Frage kommenden Ressorts heranzuziehen. Mit den eigentlichen Arbeiten soll Ende der Woche begonnen werden. Zunächst wird der Ausschuss dafür, wie man in unterrichteten Kreisen annimmt, voraussichtlich etwa zwei bis drei Wochen benötigen, um dann einer neuen Konferenz der Finanzminister seine Vorschläge zu unterbreiten. Natürlich wird auch das Reich sich sehr stark an der Tätigkeit des Ausschusses beteiligen. Das kommt schon darin zum Ausdruck, daß die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Leiters der Staatsabteilung des Reichsfinanzministeriums, Ministerialdirektor Dr. Ullrich, stehen. Andererseits ist bemerkenswert, daß die Länder, während sie früher vom Reich doch nur mehr gutwillig herangezogen wurden, in diesem Gremium zum ersten Mal praktisch an der Ausarbeitung von Maßnahmen für die verschiedenen Verwaltungszweige beteiligt werden. Das ist ein Fortschritt, der nach Auffassung politischer Kreise gerade vom Standpunkt der Länder aus selbst zu begrüßen ist.

Krise um Warmbold?

Die Stellung des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold ist, wie schon im Kabinett-Druck, so auch jetzt wieder stark umkämpft. In eingeweihten Kreisen sprach man anfänglich von Verhandlungen um die Einfuhrkontingente geradezu von einer Krise des Reichswirtschaftsministeriums. Jedenfalls wird es bei den Wirtschaftsverhandlungen des Kabinetts noch manche Gegenläufe zu überbrücken geben.

Umschwung in der französischen Einstellung zum Rüstungsproblem

Paris, 20. Sept. (Fig. Meldung.) Es ist vielleicht nicht allzu gewagt, aus einigen Anzeichen zu folgern, daß sich eine andere Einstellung, um nicht zu sagen, Umstellung in der Beurteilung des Rüstungsproblems anzubahnen beginnt. Dieser Eindruck wird auch durch die weiterhin lärmende Begleitmusik der Presse nicht verwischt.
Als erstes Anzeichen muß man die geistige Erklärung des Ministerpräsidenten buchen, daß er die Verantwortung für die nichtoffiziellen Gerüchte über seine Ausführungen vor den Kammerausschüssen des Parlaments abläßt, als weiteres Anzeichen die heute vom "Petit Parisien" verübte Interpretation der Formel "Rein! Niemals! Nicht! Unmöglich!", die sich auf die Vergangenheit bezogen habe, ferner die, wenn auch teilweise in sehr verhüllter und vorsichtiger Form gehaltenen Hinweise ernst zu nehmender Blätter auf Verhandlungsmöglichkeiten und schließlich die Beunruhigung deutsch-besetzter Blätter über diese Möglichkeit und ihre Versuche, Derriot schon heute festzulegen.

Der "Temps" läßt z. B. an seine heutige Betrachtung eine Bemerkung anschließen, aus der man folgern könnte, daß auch dieses Blatt von Verhandlungen im Rahmen der Völkerbundsverhandlungen eine Verabstimmung der Geister zu erwarten scheint. Natürlich bringt der "Temps" diese Anregung in Form einer Aufforderung an den Reichsaussenminister; er könne sich einiges Verdienst erwerben, wenn er im Verlaufe der Besprechungen, die im Rahmen des Völkerbundsrates und der Völkerbundshauptversammlung stattfinden würden, für Deutschland etwas von dem internationalen Vertrauen, das die diplomatische Aktion der Reichsregierung zunächst gemacht habe, wieder erlangen. Das "Journal des Debats" ruft dem französischen Ministerpräsidenten zu, daß er seine Formel "Rein! Niemals! Nicht! Unmöglich!" beibehalten könne. Weiter habe er den "Petit Parisien" beauftragt, heute früh einen Kommentar zu liefern, der beunruhigend sei. Das Blatt droht Derriot bereits mit scharfer Opposition, wenn er sich etwa darauf einlassen sollte, in Genf, nach Briand'schen Verhandlungsmethoden zu verfahren und glaubt, dem Ministerpräsidenten bereits heute seine Marschroute vorzuschreiben zu sollen. Derriot müßte Artikel 23 des Versailler Vertrages anrufen, um auf diese Weise Gelegenheit zu haben, die deutschen Geheimrüstungen aller Welt vor Augen zu führen.

Neue englische Vorschläge zum Abrüstungsproblem

W. Paris, 20. Sept. Der Londoner Botschaftsvertreter will berichten können, daß die englische Regierung, um Deutschland eine moralische Genugtuung zu geben, daran denke, im Rahmen einer Abrüstungskonvention die militärische Ungleichheit, über die Deutschland sich beklagt, zu beseitigen. England plane die Ausarbeitung eines Abkommens, das für eine bestimmte Periode, beispielsweise 5 Jahre, eine Rüstungsreduzierung vorsehe. Nach Ablauf dieser Zeit würde das Abkommen einer Revision unterzogen werden, damit unter Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse weitere Reduzierungen vorgenommen werden können. Man wolle darauf hin, daß man durch diese vorläufige Methode stufenweise den gegenwärtigen Zustand zwischen dem Rüstungsstand der Besiegten und der übrigen Mächte verringern würde. Voraussetzung für dieses Verfahren wäre jedoch, daß Deutschland wieder an der Abrüstungskonferenz teilnehme.

Lloyd George über die answärtige Politik Großbritanniens

W. London, 20. Sept. Lloyd George besuchte heute in einer Rede in North Cardigan (Wales) eingehend mit der auswärtigen Politik der englischen Regierung und unterzog sie einer scharfen Kritik. Lloyd George führte u. a. aus, daß die gegenwärtige Stellungnahme in der Abrüstungsfrage zur Gegnerschaft von drei der größten europäischen Mächte, nämlich Italien, Deutschland und Rußland geführt habe. Bedäglich ein einzelner Staat habe auf Seiten Großbritanniens; allerdings handele es sich dabei um die bedeutendste militärische Macht Europas.

Hoover zur Abrüstungsdebatte

W. Washington, 20. Sept. Präsident Hoover erklärte heute: Was Pressemeldungen aus Paris über die deutsche Gleichberechtigung anlangt, so ist die Haltung der amerikanischen Regierung klar. Die einzige Frage, für die unser Land Interesse hat, ist eine schrittweise Einschränkung der Rüstungen auf der ganzen Welt. Wir gehören nicht zu den Unterzeichnermächten des Versailler Vertrages und daher auch nicht zu den Partnern der Bestimmungen über die deutsche Rüstungsbeschränkung. Dies ist einzig und allein eine europäische Frage. Die Vereinigten Staaten haben immer erklärt, daß sie in eine Diskussion darüber nicht eingreifen. Es liegt uns daran, daß Deutschland sich weiterhin an der Abrüstungskonferenz beteiligt, die heute für die ganze Welt so erfolgversprechend ist und seine Mitwirkung zur Erreichung dieses großen Ziels zur Verfügung stellt.

Gandhis Fasten beginnt

London, 20. Sept. Gandhi, der heute mit dem Tode beginnt, hat sich geweigert, das Gefängnis zu verlassen, wenn keine Entlassung mit Bedingungen erfolge. Die Regierung beabsichtigt, Gandhi in einem kleinen Haus in der Nähe des Gefängnisses unterzubringen, befürchtet aber, daß sein Fasten, wenn er in der Auswahl seines Aufenthaltsortes volle Freiheit genießt, zu einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung führen werde.

Besprechungen über das Problem der Zinsenkung

Berlin, 20. Sept. (Fig. Meldung.) Wie wir erfahren, hat heute eine Besprechung der beteiligten Ressorts mit Wirtschaftsvorstreitern stattgefunden, in der die Frage der Zinsenkung behandelt wurde. Von der Reichsregierung waren daran beteiligt das Reichsfinanzministerium, das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsjustizministerium. Von unterrichteter Seite wird betont, daß die Aussprache informativen Charakter hatte mit dem Zweck, auch die Ansichten der Wirtschaftskreise kennenzulernen. Beschlüsse werden natürlich erst in der Kabinettsitzung gefaßt, die für Freitag in Aussicht genommen ist und vielleicht am Samstag noch fortgeführt wird, damit dann eine endgültige Regelung des Problems vorliegt, wenn der Reichsfinanzminister nach München fährt, um dort am Sonntag über die beiden großen Fragenkomplexe der Maßnahmen zu sprechen, mit denen die Lage der Landwirtschaft erleichtert werden soll, nämlich außer der Zinsenkung auch über das Kontingentierungsproblem. Selbstverständlich ist übrigens an den heutigen Beratungen auch die Reichsbank beteiligt gewesen.

In diesem Zusammenhang ist nicht ohne Interesse, daß der Angriff heute keine Frage wiederholt hat, ob es richtig ist, daß der Kanzler mit Jacob Goldschmidt über das Wirtschaftsprüfungswesen beraten habe. Von maßgebender Seite wird nun nur wiederholt betont, daß Jacob Goldschmidt seinen Einfluß auf das Wirtschaftsprüfungswesen gehabt hat, und daß der Kanzler es ablehnen muß, seine Besprechungen mit Wirtschaftsführern irgend einer privaten Kontrolle unterwerfen zu lassen.

Der Reichspräsident bestimmt den 6. November zum Wahltag

W. Berlin, 20. Sept. Reichspräsident v. Hindenburg hat durch Verordnung vom heutigen Tage bestimmt, daß die Wahl des Reichstages am 6. November 1932 stattfindet.

Ein Wahlaufsturz der Reichsregierung

Berlin, 20. Sept. "Völkzeitung" und "D.N.S." berichten, daß die Reichsregierung in ihrer gestrigen Kabinettsitzung die Veröffentlichung eines Wahlaufstufes beschlossen habe, der die offizielle Stellungnahme zum Wahlaufstuf enthalten und noch einmal die Gründe umreißen soll, aus denen heraus die Reichsregierung den Entschluß zur Reichstagsauflösung und zur Ausschreibung von Neuwahlen faßte. Der Aufruf werde freier die Wahlurne an die Parteien richten, den Wahlaufstuf mit größter Zurückhaltung und unter Wahrung der Ordnung und Ruhe zu führen. Nur unter dieser Voraussetzung sei ein planmäßiger Ablauf der Wahlen gewährleistet.

Der Empfang des Landtagspräsidenten bei Hindenburg

Berlin, 20. Sept. (Fig. Meldung.) In einer Berliner Morgenzeitung wird im Zusammenhang mit dem Bericht über den gestrigen Empfang des preussischen Landtagspräsidenten Kerz beim Reichspräsidenten davon gesprochen, daß Reichskanzler v. Papen, der bei dem Empfang zugegen war, von dem Landtagspräsidenten die Zurücknahme des seinerzeit gefassten Landtagsbeschlusses verlangt hat, wonach den preussischen Beamten geraten wurde, den Anordnungen der kommissarischen Staatsregierung nicht Folge zu leisten. Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß Reichskanzler v. Papen in der Tat der Erwartung Ausdruck gegeben hat, daß es bei diesem Beschluß des Landtags nicht bleiben werde. Der Kanzler hat den Landtagspräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß die kommissarische preussische Staatsregierung sich mit einem derartigen Beschluß des preussischen Landtags nicht abfinden könne.

Zwischenfall im preussischen Landtagsauschuß

Berlin, 20. Sept. (Abf.) In der Sitzung des Gemeindeauschusses im preussischen Landtag, der über die Reuwahl der Gemeindevertretungen Beschluß gefaßt hat, kam es am Montag zu einem Zwischenfall. Nach der Berichterstattung erschien im Ausschuss ein Regierungsvertreter, anscheinend ohne sich offiziell angemeldet zu haben. Der Vorsitzende, Abg. Lohse (D.S.), teilte darauf dem Ausschuss mit, daß sich der Regierungsvertreter zunächst außerhalb des Sitzungssaales aufgehalten habe und den Berichterstatter behufs kurzer Mitteilung der Stellungnahme der Regierung hätte heransuchen lassen. Mit erhobener Stimme erklärte der Vorsitzende dem Regierungsvertreter: Sagen Sie Ihrem Staatskommissar, daß, wenn er nicht ordnungsmäßig sich im Ausschuss vertreten lassen will, der Ausschuss auf eine Vertretung überhaupt verzichtet. Der Regierungskommissar verließ darauf den Sitzungssaal.

Neue Rundfunkpläne

Kurz nach ihrem Eintritt erklärte die Regierung v. Papen, daß sie u. a. den Rundfunk gründlich umstellen und die ganze Rundfunkorganisation ändern werde. Nun erfährt das "M. Journ." über die geplanten Neuerungen unter anderem folgendes: Es soll in naher Zeit ein Wechsel oder eine Neubestellung der meisten Provinz-Intendanturen stattfinden. Außerdem soll die Deutsche Welle aufgelassen werden. Sie war, wenigstens in der bestehenden Form, eine Einrichtung, deren Zweck dem Außenstehenden nicht zu erkennen war. Dagegen soll der gegenwärtige "Deutschlandsender" unter dem Titel: "Reichssender", zu einer Art Wärfender, zu einer repräsentativen Sendestelle, die auch bei Tage sendet, ausgebaut werden.



Vor dem Austritt aus dem Völkerverbund?

Als Frankreich in Lausanne auf neun Zehntel der deutschen Tribute verzichtete, gelang es ihm als Gegengabe dafür die „Verzinsungsfreiheit“ mit England zu erneuern. Die erste Frucht der wiedererweckten „Entente Cordiale“ ist nun schon herangerückt: England leistet den Franzosen in der deutschen Gleichberechtigungsforderung treue Bundesgenossenschaft.

England wollte bekanntlich den Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland verhindern; denn es erwartete sich davon keine guten Folgen. So versuchte es, schnellstens eine Ministerkonferenz einzuberufen. Es wollte dadurch Deutschland veranlassen, seine Erklärung um mehrere Tage hinauszuschieben. Dieser Plan Englands scheiterte aber bekanntlich.

England versucht nunmehr anlässlich der Ratstagung eine Sonderkonferenz der großen europäischen Mächte zusammenzutrommeln. Dabei soll der Völkerverbund, den Frankreich immer gegen Deutschland ausspielt, ausgeschaltet werden. England fürchtet nämlich nicht mit Unrecht, daß Deutschland nicht nur der Abrüstungskonferenz, sondern auch dem Völkerverbund den Rücken feiert. Und dies soll durch eine Sonderkonferenz verhindert werden.

Der Völkerverbund ist ein alter morscher Mann. Er hat in allen seinen großen völkerverbindenden Aufgaben versagt. Hilfslos stand er dem japanischen Krieg gegenüber und als Frankreich die österreichische Not schamlos ausbeutete, konnte er sich gerade noch vor einer tödlichen Schlappe retten.

Die Beamten des Völkerverbundes besitzen heute nicht einmal den Mut mehr, die Anträge zu veröffentlichen, sondern verschleppen sie einfach und leiten die Beschwerden nicht mehr weiter. Sie tun von sich aus nichts mehr, um die politische Arbeit des Völkerverbundes in Gang zu halten.

Wie schlimm es heute um den Völkerverbund steht, darüber gab uns der Internationale Juristenkongress Aufschluß, der vor einigen Wochen in Oxford tagte. In einer Denkschrift über den Völkerverbund wurde festgestellt, daß das Völkerverbundsekretariat die Kinderbetreuungsfragen einfach vor dem Lichte der Öffentlichkeit verberge. Seit zwei Jahren habe der Völkerverbund für die Kinderbetreuungsfragen nichts unternommen! Die internationale Denkschrift kam schließlich zu dem niederschmetternden Ergebnis, daß das Völkerverbundsekretariat seit 2 Jahren seine Pflicht nicht mehr erfüllt.

Auch Deutschland kann ein Lied über Weisung singen. Die Beamten können z. B. wenn es gilt, uns zu schikanieren, herausfordernd „genau“ sein. Die Beiträge an den Völkerverbund sind bekanntlich in Schweizer Franken zu entrichten. Deutschland konnte aber wegen Defizitknappheit dieser Währung nicht nachkommen, sodaß es die letzte Katzenzahlung in Reichsmark beglich. Jetzt aber erwachte das Völkerverbundsekretariat aus seinem Totenschlaf. Es bestand auf dem Nachzahlen, monas Deutschland nur in Schweizer Franken zahlen dürfe. Es kam deswegen zu Reibereien, die natürlich Deutschlands Bereitwilligkeit nicht erhöhten. Schade, daß das Völkerverbundsekretariat bei den Kinderbetreuungsbeschwerden ruhig schlief und nicht ähnlich wie bei der deutschen Katzenzahlung etwas genauer wird.

Alles in allem: Wir dürfen nicht überrascht sein, wenn Deutschland eines Tages aus der Völkerverbundsmächte gerissen wird. Vielleicht würde noch mancher Staat unserm Beispiel folgen. Ob dies der Völkerverbund allzu lange überleben wird?

Das Ergebnis von Stresa

Der Bericht des Wirtschaftskomitees angenommen

W. Stresa, 20. Sept. Das Oremium der Konferenz von Stresa trat gestern nachmittags zu einer kurzen öffentlichen Sitzung zusammen, um zu den vom österreichischen Delegierten Schaller ausgearbeiteten Bericht des Wirtschaftskomitees Stellung zu nehmen. Der Bericht wurde einstimmig angenommen.

Der Schwerpunkt des Berichts liegt in dem Konventionenentwurf, der einen Agrarfonds von 75 Millionen Schweizer Goldfranken zur Revoloration des Getreides vorsieht. Diese Revoloration, die auf Grund des Exportes der Agrarländer während der letzten drei Jahre festgelegt worden ist, soll 16 Millionen Doppelzentner Weizen, 15 Millionen Doppelzentner Futtergerste, 13,5 Millionen Doppelzentner Mais um-

fassen. Für die zweite Kategorie, an der Deutschland nicht beteiligt ist, werden folgende Quantitäten festgelegt: 1,9 Millionen Doppelzentner Roggen, 3 Millionen Doppelzentner Brauergerste, 1 Million Doppelzentner Hafer. Die Revolorationsprämien betragen zwei Schweizer Goldfranken pro Doppelzentner für den Weizen und je 1,50 Franken für die anderen Getreidearten. Der Fonds soll durch ein Komitee verwaltet werden, das seinen Sitz voraussichtlich bei der WZ haben wird. Als Gegenleistung der Agrarländer werden eine liberale Handelspolitik und möglichst weitgehende kommerzielle Erleichterungen für die Geberstaaten gewünscht. Der Konven-

tionsentwurf erwähnt ferner, daß die Rechte der meistbegünstigten Staaten durch diese Gegenleistungen in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Deutschland hat diesem Konventionenentwurf seine Zustimmung geben können, weil er ausdrücklich betont, daß für Deutschland keinerlei finanzielle Beitragsleistungen, auf die es auf Grund seiner eigenen Lage keinesfalls eingehen könnte, in Betracht kommen. Deutschlands Beitrag besteht in durch bilaterale Verträge gewährten Präferenzen für Weizen, Futtergerste und Mais, und zwar ausschließlich für die vier notleidenden südosteuropäischen Agrarstaaten.

Hundertjahrfeier des Gustav Adolf-Bereins

W. Leipzig, 20. Sept. Bei der Hauptversammlung des Gustav Adolf-Bereins gab Generalinspektor Dr. Blau das Ergebnis der vor mehr als drei Jahren aufgenommenen Jubiläumssammlung „Eine Million in Groschen“ bekannt. Das Ziel der Sammlung ist nicht nur erreicht, sondern noch übertraffen worden. Insgesamt sind 1.028.435 RM. eingegangen.

Den Abschluß der gestrigen Versammlung bildete ein Festvortrag von D. Dr. Hoffmann (Wm) über die weltliche Bedeutung des Gustav Adolf-Bereins.

Anschließend an eine Rede Dr. Rendtorffs überbrachte der Reichsminister des Innern Freiherr von Gayl die Glückwünsche der Reichsregierung. Das Handeln des Gustav Adolf-Bereins, führte der Minister aus, ist ein durch 100 Jahre fortgesetztes Beginnen gewesen, nicht durch Worte, sondern durch Betätigung der Liebe zu dem deutschen Volk und ein fortgesetztes Bekennen zu Gott und unserer evangelischen Sache. Auch diese Tage in Leipzig sind wieder ein machtvolles Bekennen dieser Art geworden. In solchen Stunden erfährt die Jugend der Teilnehmer ein innerer Jubel, nicht durch Worte, sondern durch ihre Standpunkte und ihrer Weltanschauung. Ich fühle als der für die geistigen Güter und heiligen Kräfte unseres Volkes in erster Reihe verantwortliche Reichsminister gerade in unserer Zeit mit Ihnen. Ich stehe in Ihren Reiben und ich bekenne mich vor dem ganzen deutschen Volk schlicht aber deutlich zu den Worten des Apostels: „Ich schäme mich des Evangeliums in Christus nicht.“ (Stürmischer Beifall).

Ich setze hinzu, daß ich zu dem evangelischen Glauben meiner Väter stehe. Wie mir bekannt ist, daß aus Männern beider Bekenntnisse bestehende Reichsregierung schließt und offen zum christlichen Staat (Erneuter stürmischer Beifall). Unsere Reichsregierung kennt nur den Staat selbstlos und überläßt es ihm, sein Verhältnis zu den Kirchen und Bekenntnissen zu regeln. Diese Aufgabe aber erfindet eine ihrer Verantwortung und Pflicht bewusste Regierung nicht von der zwingenden Notwendigkeit, den Staat als christlich aufzufassen und die Staatsführung in christlichem Sinne zu handhaben. Die Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze und freiwiliges Dienen am Staat kann nur der auf die Dauer aufbringen, der sich innerlich verantwortlich fühlt gegenüber seinem Volk. Alles Verantwortungsbewußtseits wurzelt aber letzten Endes im Uebernatürlichen, d. h. für uns: in Gott. Deshalb ist eine erfolgreiche und wirksame Staatsordnung nur auf religiöser Grundlage denkbar. In Betätigung dieses Gedankens muß die Staatsführung religiös, d. h. für uns Deutsche: christlich sein. Das gilt vornehmlich für das weite Gebiet unserer kulturellen Lebens. Deutsche und christliche Einstellung stehen, richtig verstanden und gedeutet, niemals im Widerspruch miteinander. In diesem Sinne zu arbeiten ist eine besonders dringliche Aufgabe der Regierung. Ich spreche es offen als meine Ueberzeugung aus, daß eine neue Welt heraufzieht,

der ein bescheidener Wegbereiter zu sein unsere Pflicht in der Gegenwart ist, und diese Zeit wird religiös christlich sein (Lebhafter Beifall). Unser gesamtes Leben sollte viel stärker, als es heute in der Notzeit tatsächlich der Fall ist, beherrscht werden von dem ethischen Gedanken der Liebe zum Mitmenschen und Volksgenossen. Ich wünschte, daß über dem Tun und Lassen jedes verantwortlichen Deutschen in Regierung, Politik und Wirtschaft das Wort der Schrift künde: „Und wenn ich mit Weisheit und Engelzungen redete und hätte der Liebe nicht, so wäre ich ein idöteses Erz und eine klingende Schelle.“

Zu allen anderen Vätern trägt das gewaltige deutsche Volk noch die Last des Zwiespalts der Bekenntnisse. Ich schätze es als ein ganz besonderes Verdienst des Gustav Adolf-Bereins ein, daß er trotz allen Eifers im Glauben niemals danach getrachtet hat, den Riß im eigenen Volke zu erweitern, sondern daß er sich bemüht hat, jedem das seine zu geben. Wir, Kinder eines Staates, gleichviel ob evangelischen oder katholischen Bekenntnisses haben die Wurzel im Glauben an den Erlöser und in tiefer gemeinsamer Liebe zu Heimat, Vaterland und Volk. Es sollte daher bald der Tag kommen, an dem wir uns zusammenfinden zu gemeinsamer Arbeit für einen und in einem deutschen christlichen Staat und für unser gesamtes deutsches Volkstum innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reiches.

Die Rede des Ministers wurde mit stürmischem, sich immer wiederholenden Beifall aufgenommen. Anschließend wurde das Deutschlandlied gesungen.

Die Aufgaben der Winterhilfe

W. Berlin, 20. Sept. Staatssekretär Dr. Grieser und der Generalsekretär der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtsverbände sprachen vor Vertretern der Presse über die Aufgaben der Winterhilfe in diesem Jahr. Staatssekretär Dr. Grieser führte u. a. aus:

Das Wort „Winterhilfe“ weckt Erinnerungen, Befürchtungen und Erwartungen. Auch für den Uebergang von 1932 auf 1933 ist ein Winter der Not zu befürchten. Ende August war die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen um eine Million höher als um die gleiche Zeit des Vorjahres. Der Unterschied erzeugt Besorgnis. Glück der Wirtschaftsplan der Reichsregierung, dann ist mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit und mit der Verbesserung von Arbeitsgelegenheit zu rechnen. Mit einer solchen Schiffsalwende allein ist aber auch noch nicht die Massenarmut beseitigt, unter der die Gegenwart so schwer leidet. Millionen von Arbeitslosen werden noch einmal den Strapazen eines Winterfeldzugs ausgesetzt sein, mit ihnen Millionen von Frauen und Kindern.

Das Wort Winterhilfe schließt aber auch die vertrauensvolle Erwartung in sich, daß dem Winter der Not ein Winter der Hilfe gegenübertritt wird.

Die Deutsche Liga für freie Wohlfahrtsverbände werde, wie im letzten Herbst, so auch jetzt, zur Winterhilfe aufrufen. Der Reichspräsident und der Reichswahlleiter werden den Aufruf durch ein bedeutendes Begleitwort unterstützen.

Die Reichsregierung richtet an die Presse die herzlichste Bitte, dem Aufruf zum Durchbruch zu verhelfen.

Leipzig, 20. Sept. Ein 34 Jahre alter Augenarzt erkrankte heute früh in seiner Wohnung seine 22 Jahre alte Ehefrau und seine fünfjährige Tochter. Nach der Tat machte er einen Selbstmordversuch. Er wurde mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht, wo er kurz darauf verstarb. Aus einem hinterlassenen Brief geht hervor, daß ihn seine berrliche Stellung als Augenarzt nicht mehr befriedigte.

Die Eisenbauern

Roman von Rudolf Ullrich

(Copyright 1931 by Verlag Alfred Borchardt in Braunschweig)

21. Fortsetzung.

„Einige Glas? ... Jeden Tag bist du belassen! Das ganze Dorf spricht von deiner Sauferei! Man muß sich ja schämen, dein Enkel zu sein. Ein Vaise faßt! Das ist noch nie dagewesen! Dein Vater war der nächster Mann des Dorfes ... Und wie soll das mit deiner Wirtschaft werden? ... Willst du haben, daß dir deine Mutter die Jügel wieder aus der Hand nimmt? ... Noch ist sie die Herrin, Junge! ... In den letzten Wochen hast du noch nichts geleistet. Bald kommt du ans Dürren. ... Ich weiß nicht, was das geben soll mit dir. Denkst du denn gar nicht an deine Mutter? Es ist ein Jammer, Arel, wie sie sich abgrämt! Bist's nicht wert!“

Heinrich rief die Türe auf und eilte ohne Gruß hinaus. Fast im Laufschritt lief er vom Hause des Schulzen hinweg.

„Weiß der Ausdruck, was dem in den Kopf gestiegen ist“, murmelte der Schulze vor sich hin und schüttelte nachdenklich und besorgt den Kopf. „Er war sonst doch der beste Mensch, gerecht, arbeitsam und tugendhaft. Wie hat er sich nur so verändern können! Dem Jungen fehlt etwas — seine Mutter hat zweifellos recht.“

Sorgfältig ordnete er die auf dem Tische herumliegenden Bücher und Briefe. Dann nahm er von einem Kleiderkasten seinen blauen Kittel herunter und verließ das Zimmer.

Ueber den breiten geräumigen Herd schritt er in die Küche, die im hinteren Teile des Hauses lag. Auf dem einfachen Küchentisch stand ein aus Weiden geflochtener Korb, in den eine, schon vom Alter gebeugte, Magd allerlei Schwarzen verpackt: ein mächtiges Weizenbrot, Butter, Käse und Wurst. Der Schulze stellte sich hinter das alte Weibchen und gab acht. Als sie fertig war, Kettierete er auf den gemauerten Kuchentisch und holte aus der „Herb“ (Ranchkammer) noch eine dicke Wurst herab.

„Die Leute müssen jetzt tüchtig arbeiten“, bemerkte er zu der Magd, während er die Wurst noch in den Korb verpackte, „deshalb ist gutes Eisen nötig. Du bist zu sparsam, Kathrin! Aber hier ist Sparsamkeit wirklich nicht am Platze. Wer tüchtig arbeiten will, der muß den Magen bei guter Saure halten.“ Die Erbsensuppe heute mittag war auch nicht kräftig genug — es muß noch mehr Speck und Fleisch hinein. Wievielmals soll ich dir das denn sagen, Kathrin?“

So bekümmerte sich der Schulze um alles. Er lebte mit seinen Leuten und oft selbst nie besser als sie. Jeden Morgen um zehn und nachmittags um vier Uhr brachte er selbst seinen auf der Dütte beschickigten Arbeitern den Kaffee. Jedoch nur den Unverheirateten, die Ehefrauen mußten von ihren

Frauen beschickigt werden; sie erhielten dafür allerdings einen viel höheren Lohn. Die gute Kost des Schulzen wurde in der ganzen Gegend geschätzt. Wer in seinem Dienst stand, der war aller Sorgen enthoben. Er ließ den Fleißigen und Geschickten ein gutes Stück Geld verdienen, und wenn einer seiner Arbeiter unverschuldet in Not geriet, so brauchte er nur zu seinem Brotherrn zu gehen — der half ihm sicherlich aus der Patsche.

Friedrich nahm den Korb in die rechte und eine mächtige Kaffeezettel in die linke Hand. Die Magd öffnete ihm die Türe. Schwerbeladen besand er sich bald auf dem Wege zur Dütte.

Als er aus dem Dorfe trat und über die alte Brücke ging, die hier über die Steig führte, hob sich seine Brust beim Anblick der dampfenden Dütte und der schwelenden Weiler um sie herum. Die Dütte war sein Stolz, seine Hoffnung, sein Alles; sie war seine Vertraute von Jugend auf; schon als kleiner Junge hatte er bei ihr die meisten Stunden verbracht. Er kannte an ihr jeden Stein; es gab auch nicht das kleinste Stöckchen Mauerwerk, das ihm fremd gewesen wäre.

Als er auf dem Hüttenplatz ankam, hatte man soeben das „Stück laufen“ lassen, und man zog das noch glühende Eisen aus den Sandreihen der Gießhalle vor dem Ofen. Das Eisen wurde erst nach dem Erkalten auf dem Hüttenplatz in Stücke geschlagen. Der Schlagmeister stand neben einer mächtigen Hängewage, die von einem starken Gerüst aus Eichenstämmen, dem Dreibein, gehalten wurde. Der Meister hatte die Aufgabe, jedes Gewicht gewissenhaft niederzuschreiben ... Unter dem Ofen der Dütte rauschte das Wasser.

Hinter der Dütte lagen, viel höher als der Hüttenplatz, fast mit dem oberen Rande des Ofens gleich, die Kohlen- und Eisensteinschuppen. Jehrträger trugen mit der „Rein“ die Kohlen auf den Ofen. Die Schmelzkarren wurden mit Erz beladen und mittels eines Seils auf die „Nisch“ gezogen.

Der Schmelzofen war etwa neun Meter hoch und von einem Raubgemäuer, dem „Klumpen“, umgeben, einem kräftigen Bruchsteinmauerwerk, von rechteckiger Grundform. Vor dem Ofen besand sich die mit Stroh bedeckte Gießhalle, in der man das flüssige Eisen aus dem Stielloch des Ofens in Sandrillen leitete.

Die Hüttenleute, auch Massenbläser genannt, waren schon an ihrer Kleidung erkennbar. Sie trugen alle weißgraue Pulkhemden, lange Schurzjelle und breitrandige Filzhüte, die „Punktsänger“.

Der Schulze war kaum auf dem Hüttenplatz angelangt, da kam der Köhler Karl von den Reilergraben schneidend herbeigelaufen. Vorsehlig nahm er dem Brotherrn den Korb aus der Hand und schämstele gepannt darin herum. Bald machte er ein enttäuschtes Gesicht. Er strakte sich wieder empor und rieb sich ärgerlich die Hände.

„Verdammt, Schulze, wieder nichts für mich! Du vergißt mich aber auch immer. Ist wirklich nichts dein?“

„Ne, Karl!“

„Ja, nun habe ich seit heute morgen noch keinen Tropfen getrunken. Denkst du denn gar nicht an meinen entsehligen Durst?“

„Du sollst nicht so viel Schnaps trinken!“

„Immer derselbe Sermon! ... Denkst du denn gar nicht an den Dreck in meinem Dalse?“

„Ich habe heute wirklich nicht daran gedacht!“

„Oh, das kenne ich ja. Du bist sonst nie vergesslich, nur bei mir vergißt du die Dampfmaschine immer leicht! ... Wenn ich mir die Kehle nicht täglich gründlich waschen kann, so kriegt ich kaum noch Luft.“

„Die anderen Köhler brauchen doch dazu nicht immer Alkohol!“

„Quatsch, die andern ... Es gibt ja nur einen vernünftigen Köhler im Dorf und der weiß, was er beim Brennen nötig hat!“

Da griff Friedrich in die Tasche und reichte ihm einige Groschen.

Wenn es denn durchaus nicht ohne dies elende Größ geht, so laß zum Bier und trinke dort!“

„Na, auch gut, Friedrich!“

Karl atmete auf. Er zwuste sich die Dose höher und zog den breiten Ledergrütel fester an. Dann ging er spornstreich dem nahen Wirtshaus zu.

Während sich die Arbeiter über den Korb hermadten, inspizierte der Schulze die Dütte. Inerst bog er sich in die Kohlen- und Eisergorräte. Dann sprach er mit den Jehrleuten, die soeben schwere Steinlaren vorbeifuhren, über die Ausbesserung der Wege. Die Wagen wurden meist von Ochsen gezogen, weil Ochsen in den Bergen vorteilhafter und in Futter billiger waren als Pferde. Der Schulze untersuchte die Wagen und beacht, daß man einen, der beschädigt war am Abend zum Dorfritsch bringen sollte. Von den Fahrleuten ging er auf den Ofen der Dütte, auf die „Nisch“, um hier nachzusehen, ob alles in Ordnung sei. Nichts entging seinem scharfen Auge; jede Vernachlässigung und auch den geringsten Schaden entdeckte er. Darauf prüfte er auf dem Hüttenplatz das Eisen, und auch das Buch des Schlagmeisters wurde einer genauen Durchsicht unterzogen ...

Als der Köhler das Gastsimmer der Dorfwirtschaft betrat, war dies bis auf den letzten Platz besetzt. Köhler und Bauern aus den benachbarten Orten, die jedes Jahr ihre Polstühle zur Dütte brachten und an die Hüttenwerke verkauften, füllten den Raum. Jedes Jahr tauchten sie im Spätherbst auf und fuhren in langen Reihen ihre Kohlenkisten zur Dütte. Einige von ihnen stammten aus dem hohen Wittgenheiner Gebiet und waren auf ihrer Fahrt an der alten Stadt Stegen vorbeigekommen. Die Wittgenheiner hatten alle ein gutes Mundwerk und verstanden es zu erzählen. Deshalb führte sie bis zum Eintritt des Köhlers Karl nur das Wort.

(Fortsetzung folgt.)

Manövern der 1. und 2. Kavalleriedivision auf dem Bahnhof Fürstberg (Oder) ein. Der Bahnhof war von Menschenmassen belagert. Nicht endenwollender Jubel empfing den Reichspräsidenten. Nach Begrüßung durch die Übungsleitung und die Behörden begab sich der Reichspräsident im Kraftwagen auf das Manöverfeld bei Zwielingen, wo er sich von dem Führer der roten Partei, Generalleutnant v. Doß, Vortrag halten ließ. Von Zwielingen ging die Fahrt in Richtung Frankfurt (Oder) zu den hier eingeleiteten Truppen. Kurz vor Frankfurt ließ sich der Reichspräsident von dem Leiter der Übungen, dem Chef der Übungsleitung, General der Infanterie Freiherr v. Hammerstein, Vortrag halten. Ohne Frankfurt zu berühren fuhr der Feldmarschall dann in die Gegend von Deppen, wo ihm Teile der Infanterieregimenter 9 und 8 begegneten, die er begrüßte. Von hier aus kehrte der Reichspräsident nach Fürstberg zurück, wo er die Nacht in seinem Salonwagen zubringen wird.

Aus Welt und Leben

Das Gehör in den Fingern. Schon seit längerer Zeit werden Versuche angestellt, um Schallwellen Tauten mit Hilfe des Tastgefühles verständlich zu machen. Nun ist jedoch der sogenannte Teleaktor. Hier spricht der Redner in ein kleines Mikrofon. Die Worte werden durch einen Verstärker in einen Schwingungsapparat geleitet. Der tauchstumme Hörer legt die Finger auf die Deckplatte und es gelingt ihm mit einiger Übung die Worte gleichsam mit den Fingern zu hören.

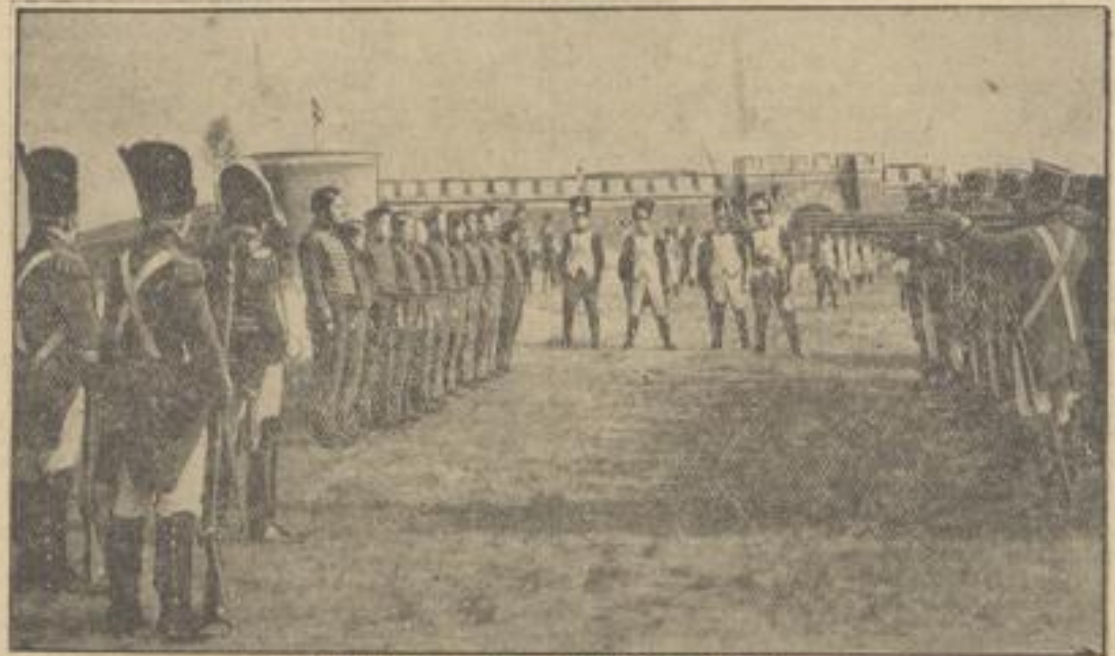
Die Flugpost ist zu langsam. Selbst in Amerika, in dem so außerordentlich viel zur Benützung der Luftverkehrslinien geschieht, ist der ganze Flugbetrieb reifungslos unwirtschaftlich. Man zahlt etwa 70 Prozent der Gesamtumkosten aus der öffentlichen Tasche darauf. Bei uns beschwert man sich neuerdings wohl nicht mit Unrecht darüber, daß die Flugpost zu langsam arbeite, und daß in vielen Fällen der teure Luftbrief nicht rascher ans Ziel gelangt wie ein Eilbrief oder sogar manchmal wie ein gewöhnlicher Brief. Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß es noch gar nichts nützt, wenn man auf einen entsprechend hoch frankierten Brief schreibt „Durch Luftpost“, wenn man nicht die entsprechenden Beförderungspläne kennt. Wenn in Dresden das letzte Flugzeug nach Berlin um 11.55 Uhr abfliegt, ist es natürlich unmöglich, einen Brief um 12 Uhr mit Luftpostfrankierung dann in den Westen zu werfen, weil er dieses Flugzeug nicht mehr erreichen kann. Der Brief geht nicht etwa am nächsten Tag mit dem nächsten Flugzeug, sondern wird mit der Eisenbahn befördert, weil er ja so immer noch schneller hinkommt, als wenn er wartet. Es heißt hier: Eile mit Weile. Auch die Rentabilität ist eine eigene Sache. Darüber gibt eine statistische Ausstellung

der „D. P.“ ein betrübliches Bild. Darnach gehen von Berlin monatlich etwa 8000 Luftbriefe ab, das sind je Strecke 145 Briefe. Das ist ein mehr als flüchtiges Ergebnis für einen so kostspieligen Apparat. Da bleiben doch unseres Erachtens nur zwei Dinge zu tun übrig. Die Linien entweder einzustellen oder rentabel, d. h. in diesem Falle, den Verkehr ausbauen und die Organisation der Luftpost „Abholung, Eilbeförderung, Fluglinien auch bei Nacht usw.“ vollständiger und bekannter zu machen.

Das Elend der Arbeitslosigkeit

Die Statistik der Wohlfahrtsverbandslosen umfaßt in ihren monatlichen Ziffern eine Unsumme menschlichen Elends. Der Leser kann sich kein Bild machen von all der Enttäuschung und Bitterkeit, die hinter diesen Zahlen steht, wenn er nicht selbst von der Geißel der Arbeitslosigkeit geschlagen wird. Diese in

der Tagespresse laufend veröffentlichten Gesamtziffern bekommen erst Leben, wenn man sie nach Städtegruppen aufteilt. Die Belastung mit Wohlfahrtsverbandslosen ist von Stadt zu Stadt außerordentlich verschieden. In Wirtschaft und Statistik findet sich eine Aufstellung nach Städtegrößenklassen, die die Belastung mit Wohlfahrtsverbandslosen je 1000 Einwohner der ortsbewohnenden Bevölkerung am 1. Juli 1932 ausweist. Daraus ergibt sich, daß von den Städten über 100 000 Einwohner die größte Zahl mit 91,32 Wohlfahrtsverbandslosen auf 1000 Einwohner Chemnitz aufzuweisen hat. Die niedrigste Zahl unter den Großstädten weist Münster mit 22,77 auf. In den Städten von 50 000—100 000 Einwohnern finden sich die höchsten Ziffern in Offenbach mit 122,94 auf 1000 Einwohner; die niedrigste Ziffer weist hier Ulm a. D. mit 23,20 auf. In der Städtegruppe von 25 000—50 000 Einwohnern steht an vorderster Stelle Birna mit 97,57; die niedrigste Ziffer weist wiederum eine württembergische Stadt, nämlich Reutlingen, mit 14,96 auf.



Ein Film von den Schill'schen Offizieren

Die Erziehung der 11 Schill'schen Offiziere in Wesel (1809), der tragische Schluß der den berühmten Zug des Schill'schen Freikorps beendete und in dem jetzt auch der neue Film „Die 11 Schill'schen Offiziere“ ausmündet.

Es gibt kein „loses“ Persil!

Persil *edda* nur in Originalpackung!

Bekanntmachung betr. Straßenperre.

Die Etterstraßenstrecke durch den Ort Schwann im Zug der Bezirksstraße Neuenbürg—Marzell ist wegen umfassender Kanalarbeiten in der Zeit vom 19. September bis 29. Oktober 1932 für sämtliche Fahrzeuge gesperrt.

Umleitung für den Durchgangsverkehr: Neuenbürg—Enachbrücke—Dobel—Herrenalb.

Neuenbürg, den 17. September 1932.

W. Oberamt: L e m p p.

Billige Schuhe

Arbeits- und Sport-Stiefel von 8.— Mk. an, Herren-Halbschuhe, schwarz u. braun, von 6.50 Mk. an, Damen-Spangen, Lack und braun, von 5.— Mk. an, Kinder-Spangen, Lack und Kindboz, 31—35, von 4.— Mk. an, Schultiefel, 31—35, für Winter von 6.— Mk. an. (Keine Auktionsware!)

K. Schönthaler, Schuhgeschäft, Neuenbürg.

Unsere Auto-Gelegenheitskäufe sind konkurrenzlos!

Besuchen Sie vor einem Kauf in Ihrem Interesse unsere

AUSSTELLUNG

Sie finden alle Größen u. Marken, Kombinationen- u. Lieferwagen

D. BARAL PFORZHEIM Westliche 63, Telef. 564.

Würtl. Forstamt Herrenalb-West Grundstücks-Verpachtung

am Freitag den 23. Septbr. 1932, vormittags 9 Uhr, im Wiesenwäldle. Es kommen zur Neuverpachtung auf sechs Jahre: Parz. 290 Wiese im Wiesenwäldle; Parzelle 289 Wiesenwäldle in Altwies; Parz. Nr. 145/2, 146/1, 148/1 Wiesenwäldle im Bard. Rennbrommen; Parzelle Nr. 328/1 Wiese im Krümmen Rank (früher Waldnerische Wiese).

Fahrräder Fahrradzubehör Reparaturen

Auto-König Neuenbürg, Telef. 272.

Birkenfeld. Möbliertes

Zimmer

gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Haben Sie Flechten? Verlangen Sie heute noch Auskunft und Gratisprobe. **Räthe & Gunda Hofmann,** Pärth, Bag., Schließfach 83.

Gemeinde Birkenfeld.

Die Brandschadens-Umlage 1932

ist längst zur Zahlung verfallen. Die Umlageschuldner werden erneut darauf hingewiesen, daß sich der Umlagebetrag bei Nichtbezahlung bis 1. Oktober 1932 um 10% erhöht.

Den 20. September 1932.

Gemeindepflege: H e e ß.

Dennoch, 20. Sept. 1932.

Danksagung.

Für die uns von allen Seiten in so reichem Maße erwiesene Teilnahme beim Helmgang unseres lieben Vaters

Hans Mödinger

bringen wir, da es uns nicht möglich ist, einzeln zu danken, auf diesem Wege unseren tiefempfindenen Dank zum Ausdruck. Besonders danken wir für die vielen Blumen- und Kranzspenden sowie allen denen, die ihm Gutes getan und ihn zur letzten Ruhe begleitet haben.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Bürgermeister Mohrlök.

Neuenbürg.

Wir empfehlen uns zur Lieferung von

Pfälzer Mostbirnen und Pfälzer Mostäpfel

sowie

gelblichgelben Speisepfirsich

zum Einlegen und nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Ein Waggon Pfälzer Birnen trifft Montag oder Dienstag ein.

Ernst Ochner & Sohn,

Landesprodukte, Telefon 365.

2 gute Mittagessen billig!

Forstamt Neuenbürg. Steinschlag-Altford.

Am Freitag den 23. September 1932, nachm. 4 Uhr, wird in der „Eichmühle“ das Schloß von etwa 200 Kubikmeter Walzschotter aus dem Schotterbruch des Forstamts Wildbad vergeben.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Donnerstag, 22. Sept., nachm. 15 Uhr, in Neusäß:

1 Sofa, 1 Standuhr, ein Zimmerbüfett.

16 Uhr in Dobel:

1 Schreibtisch, 1 vollständ. Bett, 1 Kleiderkasten, ein Boden Teppich, 1 Bücher-schrank, 4teilig, 1 Sofa, 1 großer Sessel und zwei Hocker.

Zusammenkunft jeweils beim Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle Herrenalb.

Herrenalb.

2—3, evtl. auch 4 Zimmer-

Wohnung,

mit Küche, mit oder ohne Möbel, auf 1. Oktober zu vermieten.

Billa Lina.

H. M. Schumacher.

Mittwoch—Samstag

3 Paar Würstchen mit 1 Pfund Rinsen

für nur **50** Pfg.

1/2 Pfd. Rauchfleisch bayer. ohne Rippen, mit 1 Pfd. Rinsen

für nur **80** Pfg.

Heute eintreffend: in schwerer Verpackung **Frischer**

Kabliau

im ganzen Fisch

Pfund **23** Pfg.

Filet Pfund **38** Pfg.

Frische Bäcklinge

Pfund **25** Pfg.

5 Pfd.-Kiste **1.15**

und Rabattmarken

Pfannkuch

Herrenalb.

Der lb. Marie Krause ein

Lebewohl

und Dank für die vielen Stunden innigsten Besamens.

E. L.

